Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. s. 7gespalt. 35mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 125. Halle, Sonnabend, den 15. März. 1919.

Präsidentenwahl in Berlin.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 14. März.

Zur Verhandlung gelangt zunächst die Frage, ob, entsprechend dem Antrag Herold, ein dritter Vizepräsident gewählt werden soll.

Abg. Herat (Dn.): Die Ablehnung dieses Vorschlages würden wir als einen Akt der Untreundlichkeit ansehen müssen. Sie würde bedeuten, daß die rechten Parteien an die Wand gedrückt werden.

Abg. Severing (Soz.): Wenn die Rechte eine Zeitlang vom Präsidium ausgeschlossen wird, so wird das im Lande lebhaft begrüßt werden.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Wir werden den Antrag Herold ablehnen.

Abg. von Krause (D. Vpt.) spricht sich für die Schaffung dieser Stelle aus.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.) ist aus sachlichen Gründen für den Antrag.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Wir halten den Antrag sachlich für gerechtfertigt.

Der Antrag wird mit 180 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Darauf wird

zum ersten Präsidenten des Hauses durch Zuruf der Abgeordnete Leinert (Soz.) gewählt.

Präsident Leinert übernimmt den Vorsitz mit einer Ansprache. Zum ersten Vizepräsidenten wird Dr. Porsch (Ztr.), zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Frenzel (Dem.) gewählt. Die Schriftführer und Ausschüsse werden nach den Fraktionsvorschlägen gewählt.

Es folgt die Beratung des Antrages Hoffmann (U. S.) auf Aufhebung des Standrechtes und Belagerungszustandes.

Justizminister Heine: Die preußische Regierung ist sich ihrer Verantwortung bewußt und

wird den Belagerungszustand nicht aufheben oder einschränken,

solange der Friede in Berlin nicht hergestellt ist. (Lärm und Pfuirufe bei den unabhängigen Sozialisten; Beifall bei der Mehrheit!) Wir müssen das ruhige Tagen dieses Hauses sichern und die Freiheit schützen

gegen die Unabhängigen und ihre Freunde.

Die „Rote Fahne" ist verboten und würde es, wenn es nach meinem Wunsche ginge, auf die Dauer bleiben. Wir haben in größter Not, aber aus eigenem Antrieb den Belagerungszustand verhängt.

Noske, der Sohn des Volkes

(Unabhängige Soz.: Der Blutbund!), **der unerbittliche Kritiker** an Mißbräuchen im Heere,

hat durchaus seine Pflicht getan

und er ist, getragen von dem Vertrauen der Sozialdemokratie und der Nationalversammlung. Auch die außerordentlichen Kriegsgerichte können noch nicht aufgehoben werden. Die Unabhängigen halten ihre schützende Hand über Mörder. Das beweist der Anschlag auf Auer. (Lärm bei den Unabh. Soz. Zurufe: Liebknecht, Luxemburg!) Den Mörder der Rosa Luxemburg haben wir ermittelt, und es ist ein Steckbrief gegen ihn erlassen. Wir wissen auch jetzt, wie ihre Leiche beseitigt wurde, und der Schuldige ist bereits gefangen. Wegen der Tötung Liebknechts sitzen vier Leute in Untersuchungshaft. Die Unabhängigen ruinieren die deutschen Arbeiter. Das deutsche Volk muß alles von sich fern halten, was geeignet ist, die Republik zu untergraben.

Ein Vertagungsantrag Rosenfeld (Unabh.) wird abgelehnt, worauf

Abg. Wolf Hoffmann in längeren Ausführungen den Antrag begründet und die Einstellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für die Art, wie der Belagerungszustand und das Standrecht gehandhabt werden, fordert. Er verliest sodann Einzelheiten aus den letzten Unruhen. Das Standrecht habe keine gesetzliche Grundlage und sei die Ausgeburt des Größenwahns und der Ungesetzlichkeit. Kurz vor 10 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend nachmittag 2 Uhr.

Die Verhandlungen in Brüssel.

Berlin, 14. März. Die in Spaa unterbrochenen Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanzabkommen sind in Brüssel am Donnerstag nachmittag im Hotel Victoria wieder aufgenommen worden. Den Vorsitz für die Entente führt Admiral Wemyß, für Deutschland Unterstaatssekretär von Braun. Die Verhandlungen sind bisher ruhig und sachlich verlaufen. Entsprechend den drei deutschen Unterkommissionen für Schiffahrts- (Vorsitzender Geheimrat Gerliger), für Lebensmittelversorgungs- (Vorsitzender Unterstaatssekretär von Braun) und für Finanzfragen (Vorsitzender Dr. Melchior), haben auch die Gegner auf den deutschen Vorschlag hin drei entsprechende Unterkommissionen gebildet, die mit den deutschen am 13. März, von 4—7 Uhr nachmittags, gemeinsame Kommissionssitzungen abhielten. Die Vorsitzenden der drei gegnerischen Unterkommissionen sind: Maclean für Schiffahrts-, Hoover für Lebensmittelfragen und Keynes für Finanzfragen. Um 7¼ Uhr abends sollten die deutschen und alliierten Vorsitzenden der drei Unterkommissionen das Ergebnis ihrer Beratungen dem Admiral Wemyß unterbreiten, und sodann sollte über die Fortsetzung der Hauptverhandlung Beschluß gefaßt werden.

Uebereinstimmung bei den Brüsseler Verhandlungen.

Bedingungslose Auslieferung der Handelsflotte.

Haag, 14. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Brüsseler Korrespondent des Amsterdamer Telegraf meldet von gestern Abend: Heute nachmittag ist die Konferenz zwischen den alliierten und den deutschen Delegierten im Hotel Victoria eröffnet worden. Sofort nach Beginn der Sitzung wurden den Deutschen die Bedingungen der Alliierten vorgelesen, und um 4 Uhr zogen sich die Mitglieder zurück, um die Beratungen in den Kommissionen vorzunehmen. Diese Beratungen dauerten bis 5 Uhr. Um 7 Uhr abends fand wieder eine Plenarsitzung statt. Wie unser Berichterstatter erfährt, wurde vollkommene Uebereinstimmung erzielt. Die deutsche Delegation hat die Bedingungen der Alliierten über die Auslieferung der Handelsflotte angenommen. Es ist aber noch nicht wahrscheinlich, daß Mitteilungen in die Presse gegeben werden, bevor das Ergebnis der Beratungen in Paris und Berlin amtlich eingetroffen ist.

Aufhebung der Finanzblockade Deutschlands.

Haag, 14. März. (Eig. Drahtnachricht.) Das holländische Nieuwebureau meldet aus Washington: Nach einer Mitteilung der Associates Preß wird die Finanzblockade Deutschlands nunmehr als Ergebnis der Unterhandlungen in Brüssel demnächst aufgehoben werden. Dadurch wird der neutrale Finanzhandel Deutschland wieder zugängig und Deutschland wird in der Lage sein, seinen Geldbedarf dort durch Anleihen zu decken, um die zu liefernden Lebensmittel zu bezahlen. Die skandinavischen Länder und besonders Dänemark verfügen augenblicklich über einen größeren Geldbestand als notwendig, was Deutschland leicht zum Vorteil gereichen könnte. Bekanntlich war es den neutralen Kapitalisten und Firmen verboten, Finanzgeschäfte mit Deutschland abzuwickeln.

Demokratische Interpellation über die Wühlarbeit im Rheinland.

Berlin, 14. März. Der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung ist folgender formeller Antrag der Abgg. Dr. Friedberg und Genossen (Demokraten) zugegangen: „Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um den unterwühlenden Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die auf die Loslösung der Rheinlande von Preußen hinzielen?"

Der Kampf um das linksrheinische Gebiet.

WTB. **Berlin,** 14. März. Die Sitzung, die am 13. März in der Geschäftsstelle für Friedensverhandlungen stattfand, hat wiederum bewiesen, wie sehr die Leitung des Auswärtigen Amtes bestrebt ist, die Sachverständigen aus allen Wirtschaftskreisen aufs eingehendste an den den Friedensschluß angehenden Besprechungen zu beteiligen. Die Sitzung beschäftigte sich mit wirtschaftlichen Fragen bezüglich der Zukunft des linksrheinischen Gebietes. Trotz der großen Schwierigkeiten war eine außerordentlich große Zahl von Vertretern aller Kreise des linksrheinischen Gebietes erschienen. Der Vorsitzende, Botschafter Graf Bernstorff, bedauerte, daß die fünf Abgeordneten des linksrheinischen Gebietes aus der Nationalversammlung wegen der Verhandlungen in Weimar noch nicht hätten erscheinen können, und sagte, die Fortsetzung der Verhandlungen auf den nächst folgenden Tag an, wo auch diese Herren ihre Wünsche zu Gehör bringen könnten. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes gab dann einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftspolitischen Fragen des reindeutschen linksrheinischen Gebietes. Der Vorsitzende erklärte, daß Deutschland von den 14 Punkten des Präsidenten Wilson unter keinen Umständen abgehen werde. In der sich anschließenden längeren Diskussion wurde von allen Rednern die ungemein schwere Lage hervorgehoben, die durch fast unerträglichen Druck der fremden Besatzung entstanden sei. Nicht nur, daß es auf dem linksrheinischen Gebiet unmöglich sei, die in allen Schichten vertretene Anschauung von der Notwendigkeit des Festhaltens am Mutterlande zum Ausdruck zu bringen, die deutsche Presse würde sogar noch gezwungen, franzosenfreundliche Artikel aufzunehmen. Allgemein äußerten sich die Vertreter des linksrheinischen Gebietes dahin, daß es falsch sei, wenn man glaube, daß durch die Besetzung eine bessere Verpflegung gesichert sei, als auf dem rechtsrheinischen Gebiete. Die Preise seien vielmehr unerschwinglich, die Not außerordentlich. Es herrsche auch Einigkeit in der Anschauung, daß das Rheinland nicht zu einem neutralen Pufferstaat gemacht werden dürfe. Ausführlich wurde über die Tatsache verhandelt, daß Käufer der von den Deutschen in Frankreich und Belgien beschlagnahmten industriellen Maschinen ohne weiteres von den jetzigen Machthabern ins Gefängnis geworfen würden.

Robertson Oberbefehlshaber des Rheinheeres.

Berlin, 14. März. Laut „Voss. Ztg." wird aus London amtlich gemeldet: Haig ist zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber der Streitkräfte Großbritannieus und der General Robertson zum Oberbefehlshaber des Rheinheeres ernannt worden.

Die Entente will diktieren!

Die Verhandlungen in Posen.

WTB. **Berlin.** 14. März. Ueber die Verhandlungen zwischen deutschen und den interalliierten Unterkommissionen in Posen, die, wie gemeldet, am 7. März begannen, ist mitzuteilen: In der Vollsitzung wurde beschlossen, das zu bearbeitende Material einer militärischen und einer zivilen Unterkommission zur Bearbeitung zu überweisen. Zu den Vorschlägen dieser beiden Unterkommissionen soll dann in der Vollsitzung zwecks endgültigen Beschlusses Stellung genommen werden. Die militärische Unterkommission trat noch am 7. März zu einer Sitzung zusammen. Der Vorschlag der Alliierten, an der Demarkationslinie eine neutrale Zone von einem Kilometer Breite festzusetzen, wurde im Prinzip angenommen. Doch kam es bezüglich der weiteren alliierten Forderung, von dieser Zone aus die Artillerie auf 20 Kilometer zurückzunehmen, zu keiner Einigung. Es zeigte sich überhaupt, daß die Ententevertreter entschlossen sind, keinerlei Konzessionen zu machen und die Bedingungen einfach zu diktieren. Jeder deutsche Einwand wurde in schärfster Form damit abgelehnt, daß die Polen Verbündete der Entente seien, und diese die Aufgabe habe, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Als bis zum 10. März keine Einigung über die Hauptfragen erzielt war, reisten die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission von Posen ab, um sich mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung zu setzen.

Wilson gibt nach.

Zürich, 14. März. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Temps" meldet aus New York: Die Diskussion über den Völkerbund nimmt ihren Fortgang. Allgemein spricht man davon, daß Amerika einem Kompromiß zustimmen werde. So wird ein Funkspruch vom Lord Washington, dem Schiffe, auf dem Wilson jetzt wieder nach Europa zurückreist, verbreitet, in dem die Erklärung Wilsons mitgeteilt wird, daß er gewissen Zusatzanträgen nicht abgeneigt ist.

Rückgang des Bolschewismus!

Haag, 14. März. (Eig. Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet, daß die Macht der Bolschewisten ihren Höhepunkt erreicht hat und bereits auf zivilem und militärischem Gebiet infolge des Nahrungsmangels im Rückgang begriffen sei. An der Murmanfront sind die Bolschewisten etwas nach Süden zurückgegangen. In der Ukraine haben Galizier die Bolschewisten in der Richtung auf Sarny zurückgetrieben und Zitomir besetzt. Am 3. März haben Deutsche und Letten im Ostseegebiet eine allgemeine Offensive eingeleitet. Die Letten überquerten die Windau und rücken auf Riga vor. Nördlich der Bahnlinie rücken die Deutschen auf Talser nordwestlich Riga vor.

Zwei vornehme Spartakisten.

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtnachricht.) Das Freikorps Hülsen verbreitete folgende Mitteilung:

Beerfelde und Eichhorn unter den Spartakisten.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Führung eines Abschnittes der Spartakusfront in der Frankfurter Allee in den Händen des Hauptmanns v. Beerfelde und des ehemaligen Polizeipräsidenten Eichhorn lag. Hauptmann v. Beerfelde trug Offiziersuniform, jedoch ohne Achselstücke. —

Die Vorwärts schreibt dazu: Wir haben schwerwiegende Gründe, diese Nachricht, wenigstens soweit sie sich auf den Hauptmann v. Beerfelde bezieht, für nachweislich falsch zu halten.

Brigade Liebknecht.

WTB. **Berlin,** 14. März. Unter der Ueberschrift „Brigade Liebknecht" gibt die „Berliner Börsen-Zeitung" folgende Meldung wieder, die ihr von einsewährter Seite zugegangen ist: Es gibt in Petersburg einen deutschen Soldatenrat, dessen Vorsitzender ein gewisser Filter ist, der früher als Journalist in Berlin tätig war. Filter gibt in Petersburg drei Zeitungen heraus, „Der Rote Soldat", „Die zweite Internationale" und „Der Kommunist". Diese Zeitungen werden in großen Mengen besonders nach Ostpreußen gebracht. In Petersburg ist eine Schule eingerichtet, in der deutsche Kriegsgefangene in bolschewistischem Sinne ausgebildet werden. Im ganzen sollen in Petersburg etwa 10 000 solche Propagandaleute ausgebildet werden, die als entlassene Kriegsgefangene nach Deutschland zurückkehren. In Nischni-Nowgorod und Samara werden die aus Sibirien zurückkehrenden Gefangenen gesammelt, und aus ihnen wird die „Westliche Kommunistische Division" aufgestellt, die etwa 20 000 Mann stark werden soll. Diese Division ist gegebenenfalls zum Einmarsch in Deutschland bestimmt, soll aber mehr Propaganda als Kampftruppe sein. Besonders geeignete Leute werden zur „Brigade Liebknecht" nach Petersburg geschickt, die jetzt etwa 5000 Mann stark ist. Das ganze System ist so angelegt, daß die aus Sibirien heimwandernden Kriegsgefangenen entweder verhungern oder in diese Organisation eintreten müssen.

Der österreichische Verfassungsentwurf.

Wien, 14. März. Korr.-Bureau. Der Verfassungsausschuß nahm die Verfassungsentwürfe über die Volksvertretung und die Regierung an. Darin ist ein Referendum und die Abgrenzung gegen die Landesgesetzgebung vorgesehen. Die Regierung soll aus dem Staatskanzler und den Staatssekretären bestehen, die der Nationalversammlung verantwortlich sind und von dieser gewählt werden. Der Staatsrat wird aufgehoben. Verschiedene Staatsämter werden zusammengelegt, diejenigen für Aeußeres, Heer und Verkehr bestehen noch bis zur Vereinigung mit Deutschland fort. Die Vorlagen werden morgen der Nationalversammlung vorgelegt. Am Sonnabend wird die Regierung gewählt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190315016/fragment/page=0001

Minister Hoff über das Eisenbahnmaterial.

Berlin, 14. März. Ein Vertreter des „Vol.-Ztg." hatte eine Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten Hoff, in der dieser unter anderm ausführte, daß sich besonders großer Mangel an Lokomotiven bemerkbar mache. Die Fertigungen neuer Lokomotiven hätten infolge der Streiks nicht pünktlich innegehalten werden können. Güterwagen würden wegen des daniederliegenden Handels lange nicht so viel benötigt werden, wie vor dem Kriege. Der Bedarf auch für die Lebensmittelzufuhr werde sich wohl schlecht und recht decken lassen. Ein großer Teil der Güterwagen werde mit Bänken versehen, zur Personenbeförderung benutzt werden, denn an Personenwagen sei furchtbarer Mangel. Mehr als 20 000 Personenwagen seien aus den militärischen Operationsgebieten nicht zurückgekehrt.

Herr v. Loebell amtsmüde.

Berlin, 14. März. Die „Voss. Ztg." meldet: In guunterrichteten Kreisen verlautet, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin, von Loebell, in kürzester Zeit aus seinem Amte scheiden wird.

Deutsches Reich.

Gradnauer sächsischer Ministerpräsident.

Dresden, 14. März. Die Volkskammer wählte in ihrer heutigen Sitzung den Minister des Innern und des Aeußern Dr. Gradnauer, Soz., mit 49 geg. 41 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Dr. Gradnauer nahm die Wahl mit einer kurzen Dankesansprache an.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Kopenhagen, 14. März. Die Regierung teilte am Donnerstag in einer Sitzung des politischen Ausschusses des Reichstages mit, die dänische Reichstagsdelegation in Paris habe gemeldet, daß die Abstimmung in Nordschleswig im Laufe eines Monats, in Mittelschleswig zwei Monate darnach stattfinden würde.

Halle und Umgegend.

Halle, den 15. März 1919.

Schweres Eisenbahnunglück.

Zwei Personen tot, 17 verletzt.

Halle, 14. März. Amtlich wird uns mitgeteilt: Heute gegen 9 Uhr vormittags stieß zwischen den Bahnhöfen Taucha bei Sandersdorf in Kilometer 69 der Strecke Bitterfeld—Stumsdorf der von Stumsdorf kommende Personenzug 2181 mit einer ihm von Sandersdorf entgegengesandten Hilfslokomotive zusammen. Hierbei wurde der Bahnarbeiter Rüdiger aus Zörbig und die Arbeiterin Julicke aus Zöberitz getötet, 10 Reisende schwer und 7 leicht verletzt, die beiden Lokomotiven und drei Wagen beschädigt. Die Untersuchung des Eisenbahnunfalles ist eingeleitet.

Eine Sitzung des großen Arbeiterrates,

die letzte in der seitherigen Zusammensetzung dieser Körperschaft, tagte am gestrigen Freitag im Stadtverordnetensitzungssaale. Den Vorsitz führte Genosse Albrecht.

Zunächst wurde

die Neuwahl des Arbeiterrates

besprochen, nachdem der Vorsitzende die Richtlinien für die Aufgaben des Kongresses und für die Durchführung der Wahl, sowie die Einsprüche verschiedener Organisationen gegen das Weiterbestehen des bisherigen Arbeiterrates bekanntgegeben hatte. Einsprüche hatten erhoben der Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestellten, der Bund der Beamten der preußisch-hessischen Eisenbahnen, des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis und des Hallschen Beamtenausschusses. Dem Genossen Albrecht gefällt das neue Wahlverfahren ganz und gar nicht. Zu wählen hätten für den Arbeiterrat einzig richtig die Arbeiter in den Betrieben. Die hohen Beamten gehörten nicht hinein. Diese wollten gar keine Arbeiter sein, das hätten sie bei dem Generalstreik bewiesen, bei dem sie den Arbeitern in den Rücken gefallen wären. Der Zentralrat in Berlin wolle durch die Verhältniswahl den Rätekongreß noch reaktionärer gestalten, als der erste gewesen wäre. Infolge der Verhältniswahl würde die Rätesache auf das politische Gebiet hinüber gespielt, was bisher nicht der Fall gewesen sei. (Herr Albrecht spricht hier den seitherigen Arbeiterräten eine Neutralität auf politischem Gebiete zu, die sie wahrheitig nicht gezeigt haben. Die Arbeiterräte machten und machen sich niemals alle politische Gewalt an — siehe Bayern, siehe auch die Presse der Unabhängigen und Spartakisten. Aber vielleicht hielt Herr Albrecht diese Blätter nicht und er glaubt wirklich an seiner Behauptung, daß die Arbeiterräte unpolitisch wären.) Weiter teilte er mit, daß die Unabhängigen eine Vorschlagsliste für die Neuwahl des Arbeiterrates aufgestellt hätten. Eine Verschiebung des Wahltages, bis infolge Hinausschiebung des Rätekongresses möglich sein würde, ist nicht beliebt worden und darum findet die Wahl des Arbeiterrates unter allen Umständen am Sonntag, den 16. März, statt.

Ein kriegsbeschädigtes Mitglied des Arbeiterrates fragte, wie die Wahl eines Kriegsbeschädigten in den neuen Arbeiterrat ermöglicht werden könnte. Die Antwort lautete, daß die Kriegsbeschädigten eine eigene Vorschlagsliste aufstellen müßten. Sehr energisch wurde von einem bürgerlichen Arbeiterratsmitglied die Verdächtigung eines Unabhängigen zurückgewiesen, als ob die Arbeitgeber darauf bedacht sein würden, falsche Ausweise auszustellen. Die Wahlen finden nächsten Sonntag von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr in den Wahllokalen statt, in denen die Stadtverordnetenwahlen vorgenommen wurden.

Einen Bericht über die Verhandlungen in Weimar gab Genosse Reimandt. Die Arbeiter, die glauben, infolge des Generalstreiks gemaßregelt worden zu sein, sollen sich an eine aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern unter einem unparteiischen Vorsitzenden bestehende Kommission wenden. Erklärt hatten die Arbeitervertreter, daß Plünderer und Räuber Straffreiheit nicht erfahren sollten, wohl aber die, welche zur Abwendung einer Gefahr sich eine Verletzung städtischen Eigentums schuldig gemacht hätten. Man hatte weiter eine Reihe von Forderungen an die Regierung gestellt; so die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes usw. Damit waren die Arbeitervertreter zur weiteren Verhandlung an den General Moerder gewiesen worden. Heute, Freitag, nun haben die Auseinandersetzungen mit dem General Moerder stattgefunden, über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichten. Der Berichterstatter ersuchte die Genossen ihre Zustimmung zu den Abmachungen mit dem General Moerder zu geben.

Der Vorsitzende bemerkte, nicht nur bei der Eisenbahn, sondern auch beim Magistrat wären Maßregelungen vorgekommen. Straßenbahner wären entlassen worden, angeblich aus Arbeitsmangel. Das wäre so lächerlich wie möglich. Sie könnten dann auch die Entlassung der streikenden Sekretäre usw. verlangen, die sogar andere zum Streik veranlaßt hätten. Das Märchen von dem Wiederbeginn des Generalstreiks scheine von Kreisen auszugehen, die den Belagerungszustand weiter bestehen lassen wollen. Auch Genosse Reimandt bezeichnete das Gerücht als bürgerliche Mache. (Wir können Herrn Reimandt versichern, daß wir bereits vor etlichen Tagen dieses „Märchen" aus Arbeiterkreisen gehört haben, die dem „Märchen" sogar einen drohenden Klang verliehen. Natürlich glauben wir ebensowenig wie die Sprecher des Arbeiterrates an einen Wiederbeginn des Generalstreiks schon in einigen Tagen. Die Schriftleitung.) Genosse Günther führt noch einige Fälle an, in denen Arbeiter und Hilfskräfte in städtischen Diensten gemaßregelt worden seien. Weiter meinte er, daß die nächtlichen Schießereien von bezahlten Leuten ausgeführt würden, um so einen Anlaß für das weitere Hierbleiben der Noskeruppen geltend machen zu können. Derselbe Redner warf ferner der Presse vor, daß sie vom Arbeiterrat bekämpft hätte, dieser habe die Arbeiter bewaffnet. Einen Kübel sittlicher Entrüstung schüttete er über diese Presse aus. Wir für unsern Teil müssen ablehnen, dem Redner einen Anlaß zu seiner Behauptung gegeben zu haben. Nachdem noch eine Anzahl von Fällen über angebliche Ausschreitungen von „Noskeruppen" geschildert worden waren, wurden allgemein interessierende Angelegenheiten nicht mehr verhandelt.

Kunst und Wissenschaft.

Josef Kohlers 70. Geburtstag. Der bekannte Rechtslehrer der Universität Berlin, Geh. Justizrat Prof. Dr. jur. Josef Kohler beging am 9. März den 70. Geburtstag. Von allen Lehrern, welche an der Berliner Juristenfakultät gewirkt haben, weist Kohler zweifellos die quantitativ größte literarische Produktion auf, zugleich auch die mannigfaltigste. Der Gelehrte betätigte sich als Jurist, Aesthetiker, Kunsthistoriker, Dichter und Komponist. Er ist Herausgeber des „Archivs für bürgerliches Recht", der „Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft", Mitherausgeber der „Zeitschrift für Völkerrecht" und der „Rhein. Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht". In Offenburg (Baden) als Sohn eines Volksschullehrers geboren, studierte er in Freiburg und Heidelberg, war 1873—78 in Mannheim im praktischen Justizdienst, zuletzt als Kreisgerichtsrat tätig, kam dann als Ordinarius nach Würzburg und 1888 nach Berlin.

Stiftungen. Der Kieler Universität ist, wie bei der Feier des Rektoratswechsels berichtet wurde, durch das Vermächtnis des am 12. Mai 1918 verstorbenen Geh. Justizrats Prof. Dr. Hänel ein Kapital von über 1 Million Mark und das Grundstück Bergstraße 2 in Kiel zugefallen. Die Zinsen des Kapitals sollen nach dem Willen des Erblassers zu einer seinen Namen tragenden Stiftung behufs Förderung der Geisteswissenschaften verwendet werden, das Grundstück und die Hänelsche Bibliothek sind für Seminarzwecke der Universität, in erster Linie für das juristische Seminar bestimmt. Der in Ludwigslust in Mecklenburg verstorbene, früher in Kiel ansässige Rechtsanwalt Dr. Halle hat der Universität ein Kapital von 30 000 Mark vermacht, aus dem eine Stiftung unter dem Namen Dr. Halle-Stiftung begründet werden soll. Die Zinsen sollen jedes Semester an einen oder mehrere Studenten der Rechtswissenschaft verliehen werden, die sich als begabt und fleißig und unterstützungsbedürftig erweisen.

Hochschulnachrichten.

Hk. Berufung. Wie wir hören, hat der bekannte Völkerrechtsforscher Gerichtsassessor Dr. jur. Hans Webberg, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Justizamt für Seeverkehr und Wirtschaft in Kiel, eine Berufung als Leiter der völkerrechtlichen Abteilung des „Deutschen Liga für den Völkerbund" angenommen. Dr. Webberg ist neben Prof. Schücking der ausgesprochenste Vertreter der pazifistisch orientierten Völkerrechtswissenschaft.

Elektroingenieur Karl von Bardeleben hat sein Lehramt am Polytechnikum zu Cöthen mit Schluß des Jahres 1918 niedergelegt, um bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, bei der er vor Jahresfrist zur Ableistung seiner Hilfsdienstpflicht eingetreten war, zu verbleiben. v. Bardeleben, der früher am Kaiserlichen Telegraphen-Versuchsamt in Berlin tätig war, gehörte dem Lehrkörper der Cöthener Anstalt seit 1906 als Dozent für Physik und Röntgentechnik und Vorsteher des physikalischen Instituts an.

Provinzial-Nachrichten.

§ **Mühlberg a. E., 11. März.** (Stadtverordnetensitzung.) Gestern fand die erste Sitzung des am 23. v. M. auf Grund des neuen Wahlrechts gewählten Stadtparlaments statt. Es gehören ihm 8 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Mitglieder an, unter letzteren eine Frau. Nach Einführung und Verpflichtung durch den Bürgermeister Regel wurde die ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung erledigt. Zum Vorsitzenden wurde der Vorsteher des Kaufmannsvereins, Korbmacher Beuschold, zu seinem Vertreter der Maurer Schneider, zum Schriftführer Geschäftsführer Wendt gewählt; die Bürgerlichen vermochten nicht eins der Vorstandsämter zu besetzen. Es wurde sodann die Errichtung eines Arbeitsnachweises beschlossen in Verbindung mit der Bewilligung weiterer Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Nach Entgegennahme eines erfreulicherweise recht günstigen lautenden Berichts über den gegenwärtigen Stand der städtischen Finanzen wurden 10 000 Mk. für Vornahme von Notstandsarbeiten, Ausbau der Hannstraße bewilligt, ferner wurde der beabsichtigten Einführung einer Billettsteuer zugestimmt. Zur Gründung einer örtlichen Siedlungsgesellschaft, welche durch Bau von Kleinwohnungen der immer mehr überhand nehmenden Wohnungsnot steuern soll, wird die vom Magistrat beantragte Aufnahme einer Anleihe von 100 000 Mk. genehmigt; außerdem soll ein Mieteinigungsamt eingerichtet werden. Schließlich wurde noch die Erhöhung des Strompreises des Elektrizitätswerks von 60 auf 75 Pfg. für Licht und von 25 auf 30 Pfg. beschlossen.

√ **Meiningen, 11. März.** (Die Abfindung des Herzogs.) Der Landtagsabgeordnete Heinrich Eckardt (Mehrheitssozialist) hat in Salzungen eine Wahlrede gehalten, in der er u. a. sagte: Der Herzog von Sachsen-Meiningen hat bei seiner Abdankung Anspruch auf 66 Millionen gehabt, ist aber mit 7 Millionen abgefunden worden; nicht mit 11, wie verschiedentlich behauptet wurde, denn für 4 Millionen hat der Herzog zwei Schlösser und einige Grundstücke dem Lande verkauft. Wenigstens hat man dem Herzog nicht geben können, weil dieser alle Agnaten abfinden muß.

@ **Eisenach, 13. März.** (101 Bewerber.) Für die mit einem Anfangsgehalt von 7000 Mark ausgeschriebene Stelle eines 2. Bürgermeisters der Wartburgstadt sind nicht weniger als 101 Bewerbungen eingegangen. Unter den Bewerbern, die meist Juristen sind, befinden sich gegen 20 mit erstklassigen Zeugnissen.

@ **Gotha, 13. März.** (Selbstmordversuch eines 14jährigen.) Heute morgen hat sich in einem Schrebergarten in dem vorm. Kestner'schen Gütchen in der Eisenacher Straße ein 14jähriger Junge, der Ostern konfirmiert wird, mittels einer Armee-Selbstladepistole zu erschießen versucht. Nachdem der Junge erst vier Schüsse in die Luft abgegeben hatte, richtete er den fünften gegen seine linke Brustseite. Die Kugel durchschlug die Lunge und ging zum Rücken heraus. Im Magazin befand noch die sechste Patrone. Noch lebend wurde der jugendliche Selbstmörder in das Lazarett Winterschule geschafft. Aus Furcht vor seiner zukünftigen Lehrstelle soll der Junge die Tat vollbracht haben.

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Sauter.

(8. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Sie müssen heim, Herr Notar, ich glaube, es ist sehr spät geworden; die Zeit ist maßlos gierig, davonzukommen. Sie ist eine . . . Wie soll man sie nennen? Ist es schon sehr spät, Herr Notar?"

Justus Schellenberg zog seine Uhr und blinzelte mit kleinen, verschwommenen Augen auf das Zifferblatt: „Es ist fast ein halb zwölf, Herr Bruckmüller", sagte er langsam, als würde ihm das Sprechen schwer.

„Wollen Sie bleiben?" fragte der erschöpfte Erzähler, der weit zurückgelehnt im Ledersofa saß und die blauen Adern auf seinen Schläfen mit zitternden Fingern betastete. „Es ist keine Mühe nötig. Oben sind drei Zimmer mit Betten."

„Obwohl ich nur eins brauche, will ich doch lieber heim. Sie wissen ja, von wegen usw. Auch möchte ich die frische Luft ein bißchen auf mich wirken lassen. Ihre Geschichte und — man kann das auch sagen — Ihr Burgunder sind mir zu nachhaltig ins Blut gegangen . . . Ja, aber, da fällt mir ein, was wird aus dem Testament?"

„Kommen Sie morgen wieder", sagte Matthias Bruckmüller in seinem gewohnten Ton, mürrisch, verbissen, vermischt mit einem Unterklang von Angst und Sorge. Das Weiche, leise von der Erinnerung Berührte, das seiner Stimme während seiner langen Erzählung angehaftet hatte, war dahin. Verrauscht und verloren. Wie ihm Marie von Eeren verloren gegangen war. Nun sah man ihn wieder eisden, der den Tod für sich selbst fürchtet, ohne zu bedenken, daß er für ihn ein gütiger Freund kommen würde.

Und neben der Furcht vor dem Sterben die Sorge, die einen Teil dieser Furcht gebar. Die Sorge: Wird dem Rosenhaus auch der rechte Erbe beschieden sein? Oder ging das Anwesen vor den Toren Bredenbrücks in die Hände der erblüsternen Sippe über, die es unter sich teilen und zertrümmern würde?

„Ja, ich komme wieder", sagte Herr Justus Schellenberg mit einem leisen Lächeln des völligen Befriedigtseins und goß sich zur Reisestärkung für den Heimweg den Rest aus der Flasche in das Glas.

Er stand schwerfällig auf und hob das Glas mit schwankender Hand gegen Matthias Bruckmüller, daß etwas von dem Burgunder auf den Tisch schwappte. „Auf den Erben, Matthias Bruckmüller junior soll leben! Prost!" Er leerte das Glas und stellte es so hart auf den Tisch, daß der Fuß abbrach und der Kelch beim Aufschlagen auf die Tischplatte in Scherben ging.

„Da haben Sie's, Herr Bruckmüller! Den sicheren Beweis für die Tatsache, daß Ihr Sohn lebt. Diese Scherben bedeuten seine glückliche Heimkehr."

Herr Matthias Bruckmüller winkte abwehrend mit der Hand und zeigte ein grämliches Gesicht. Denach kleidete er bitter.

„Na, dann sei's wenigstens ein günstiges Vorzeichen für meine glückliche Heimkehr. Ich brauche ein gutes Omen auf alle Fälle. Denn das verdammte Galgenfieber . . . Und Ihr vertrackter Burgunder . . . Wollen Sie, bitte, Ihrem guten Hausgeist das übliche Zeichen geben?"

Emilie Kriebel erschien prompt und geleitete Herrn Justus Schellenberg mit heimlichen Segenswünschen vor das Haus. — —

Am nächsten Tage hatte Herr Matthias Bruckmüller mit seinem Rechtsbeistande, der es häufig für nötig hielt, sich über die schmerzende Stirn zu streichen, eine lange eingehende Besprechung, an deren Ende die letztwilligen Bestimmungen des Herrn Matthias Bruckmüller durch die geheiligte Feder des Herrn Notars zu Papier gebracht wurden. Als Zeugen waren der Kaufmann Peter Kornelius und der Stadtrat Ferdinand Thienemann, beide aus Bredenbrück, anwesend. Zuletzt empfing Justus Schellenberg allerlei Schriftstücke. Aber Burgunder trank er heute nicht. —

„Auf Wiedersehen!" sagte er, als er ging. —

Zwei Monate und etwas darüber sah er Herrn Matthias wieder. Aber er konnte ihm keinen Gruß mehr bieten. Denn der Herr des Rosenhauses war gestorben. Und die alte Standuhr stand schweigend in Würde und Trauer. —

2.

Der Herr Notar schickte sechs Briefe mit schwarzem Rande auf die Reise; sie sollten den der Sippe Bruckmüller Angehörenden davon Kunde geben, daß Herr Matthias Bruckmüller infolge eines Schlaganfalles in der Dämmerstunde des neunzehnten Februars dem irdischen Leben Valet gesagt und die große, weite Wanderung nach einem anderen Lande angetreten habe.

Justus Schellenberg wäre es lieb gewesen, wenn er die heilige Zahl hätte vollmachen können. Es tat ihm leid, daß er den siebenten Brief nicht abzusenden vermochte, weil sein Empfänger irgendwo in der Welt sich aufhielt. Und zu einem Irgendwo weiß selbst die findigste Post keinen Weg. So mußte es denn bei dem halben Dutzend bleiben, das der Herr Notar selbst zur Post trug. Rächer wollte er gleich noch einige andere Geschäfte erledigen, die das Ableben des Herrn vom Rosenhause für ihn gebracht hatte. Der siebente Brief aber war daheim geblieben. Er lag schon in einem Schubfache des Schreibtisches, mit anderen Schriftstücken zu einem stattlichen Bündel vereint und verschnürt. Und seine Aufschrift lautete: „Herrn Matthias Bruckmüller jr." Darunter stand ein großes Fragezeichen. Es war in harter, ungelenker Form zu Papier gebracht, und die Feder hatte es für gut befunden, sich dabei sprezend aufzubäumen und eine ganze Schar kleiner Kleckse zu erzeugen. Und wenn man etwas Phantasie besaß, konnte man die beiden Haken des Fragezeichens als nicht vollendete Bahnen zweier Kometen betrachten, die sich auf ihrem Wege durch das All das Vergnügen gemacht hatten, mit den Köpfen zusammenzurennen, um sich gegenseitig zu vernichten. Denn das ist bei solch einem Kometenzusammenstoß das Ende vom Liede: Zersplitterung. Auflösung in Abermillionen Atome. Ein Riesenheer von Sternschnuppen stiebt auf. Meteorsteine sausen durch das All. Und einige von ihnen fängt auch der armselige Planet auf, den das Geschlecht der hochweisen, unfehlbaren Menschen bevölkert. Und diese schwarzen Steine, das waren eben die Kleckse rings um das Fragezeichen her.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190315016/fragment/page=0002

Weiterer Abbau des Belagerungszustandes

Verhandlungen mit der Streikleitung des Generalstreiks für Mitteldeutschland — Tausende von Waffen noch in den Händen der Bevölkerung — Die Haussuchungen — Ein Eisenbahndiktator — Die Gewaltakte zur Stillegung des hallischen Eisenbahnverkehrs — Waffenabgabestellen bei Arbeiterführern — Das schließliche Abkommen.

Halle, 14. März 1919.

Im Sitzungssaal der Hauptpost fand heute vormittag von 9 Uhr an eine Besprechung des Generals Maercker mit dem Aktionsausschuß der Streikleitung statt, an der auch die Vertreter der Behörden sowie führende Männer der Industrie und des Handels teilnahmen. Der Aktionsausschuß der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands hatte, wie General Maercker ausführte, folgende Forderungen gestellt:

1. sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes;
2. sofortige Freilassung aller in den Streiktagen bisher Verhafteten mit Ausnahme der Plünderer;
3. sofortige Niederschlagung aller mit dem Streik zusammenhängenden Strafsachen;
4. Untersuchung und Bestrafung derjenigen Landesjäger, die sich Mißhandlungen gegen die Verhafteten haben zuschulden kommen lassen oder für zu schlechte Beköstigung der Gefangenen verantwortlich sind;
5. Zurückziehung der Truppen aus dem Streikgebiet.

General Maercker führte dazu folgendes aus: Der Belagerungszustand ist von mir sehr milde gehandhabt worden. Z. B. habe ich keine Zensur ausgeübt, während kurz vorher der Arbeiterrat auf Grund eines Rechts, das ihm nicht zustand, scharfe Zensur gegen die bürgerlichen Zeitungen ausübte. Gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung, die bürgerliche Presse hetzt, möchte ich hinweisen auf das Mitteilungsblatt des Streikausschusses vom 4. März, das eine große Zahl von Unrichtigkeiten enthält und ferner auf einen Ausschnitt aus der „Leipziger Volkszeitung", die gleichfalls unwahre Mitteilungen über das Eingreifen der Landesjäger in Halle verbreitet. Ich habe dem Aktionsausschuß am 6. März versprochen, den Belagerungszustand abzubauen. Mein Versprechen habe ich gehalten. Der Belagerungszustand besteht nur noch in der Straßensperre zur Nachtzeit und in der Tätigkeit eines außerordentlichen Kriegsgerichtes. Letzteres ist aber nicht von den Landesjägern eingesetzt, sondern bestand bereits durch Befehl des Armeekorps; es sind auch keine Offiziere der Landesjäger darin vertreten. Leider wird noch immer des Abends auf meine Leute geschossen. Ueber den Belagerungszustand sind aus Arbeiterkreisen keine Klagen an mich gelangt, wohl aber aus den Kreisen der Bürgerschaft. So sagen die Studenten, sie könnten die Seminare nicht besuchen, ein Geistlicher klagt, daß er seine Bibelstunde nicht wie früher abhalten könne und die Gastwirte sehen in dem frühen Schluß der Wirtschaften eine schwere Schädigung ihres Gewerbes. Andererseits liegen mir viele Zuschriften vor, die bitten, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen und den Belagerungszustand nicht weiter abzubauen. Es steht fest, daß eine große Menge von Waffen in der Umgebung von Halle untergebracht sind.

Buchmäßig fehlen noch 3000 Gewehre, 2000 Pistolen und 20 Maschinengewehre.

Die Ziffern muß man aber verdoppeln, denn hierzu kommen noch die Waffen von Deserteuren, von Truppenentwaffnungen, die in Halle stattgefunden haben usw. Wenn ich den Belagerungszustand über die ländlichen Orte verhängt habe, so wollte ich mir nur eine gesetzliche Handhabe verschaffen, Haussuchungen nach Waffen vorzunehmen. Ich habe keine Zensur verfügt, keine Sperrzeit festgesetzt, ich bin aber auch bereits an das preußische Justizministerium herangetreten und habe gebeten, mir in irgend einer Weise einen gesetzlichen Weg zu zeigen, damit ich ohne den Belagerungszustand Haussuchungen sofortin jenen Orten nach Waffen vornehmen kann. Was die Forderung der sofortigen Freilassung der Gefangenen anlangt mit Ausnahme der Plünderer, so kann der Aktionsausschuß des Generalstreiks doch wohl nicht verlangen, daß auch die Leute freigelassen werden, die gegen meine Truppen die Waffen geführt haben.

Herr Osterburg hat unlängst gefragt, warum denn der Volkspark nicht festgelegt sei und nicht auch die Wirte vom Waldkater und den Thaliasälen, wo doch auch Waffen gefunden wurden. Der Grund ist sehr einfach. Diese beiden Wirte haben die Waffen erst am 6. März, am Schlußtag abgeliefert. Hinsichtlich der Mißhandlung und der schlechten Beköstigung der Gefangenen muß ich sagen, daß bei den Vernehmungen die Leute ausgesagt haben, die Verpflegung sei bedeutend besser gewesen als in den Gefängnissen. Mißhandlungen werden nicht geduldet, sondern die Verüber bestraft. Die Abschnittskommandeure sind bereits durch Befehl vom 5. März angewiesen, das Erforderliche zu veranlassen. Bedenken muß man allerdings, daß meine Leute oftmals schlimmster Weise beleidigt, gereizt, ja angespuckt werden. Soll einen da nicht auch mal die Galle überlaufen? Ich selbst bin auf das Gröblichste beschimpft und angepöbelt worden. Als ich hinter dem Sarge des Oberstleutnants von Klüber herschritt. Auch die Vertrauensmänner der Truppen habe ich in der nachdrücklichsten Weise darauf hingewiesen, daß alle Mißhandlungen zu unterbleiben haben.

Im 5. Punkt wird die sofortige Zurückziehung der Truppen verlangt. Was sagt das „Volksblatt" über diese Frage in dem Artikel vom Donnerstag? Ich hätte den sofortigen Abbau des Belagerungszustandes versprochen. Statt dessen heute ich den Belagerungszustand aus. Das ist eine unwahre Behauptung, und zwar, da der Redakteur sich leicht unterrichten konnte, eine absichtlich unwahre Behauptung. Es sind bereits herausgezogen aus Halle eine Kompagnie, ein Zug Artillerie, noch ein Zug Artillerie und zwei Maschinengewehrzüge, insgesamt sieben Züge. Bis zum 15. März wird ein Viertel der Truppen heraus aus Halle auf das Land verlegt. Und dabei ist das Reiterregiment noch nicht geübt, sondern in der Gründung begriffen. Es zählt bisher 513 Köpfe. Ich habe aber 560 Landesjäger aus Halle herausgezogen, habe also mehr getan, als ich versprochen hatte. Die 36er sind aufgelöst. Das Sicherheitsregiment ist aufgelöst. Gegen das Sicherheitsregiment lag allerdings ein dicker Stoß von Anklagen vor, ebenso wie gegen den Soldatenrat. Wie ist denn gegenwärtig die Lage? Am 26. März soll

ein neuer Generalstreik

ausbrechen. Im Volkshause ist erklärt worden, daß dann das Strafgefängnis gestürmt werden soll. Soll ich angesichts solcher Verhältnisse die Besatzung heraus ziehen aus Halle und die Stadt wieder dem plündernden Mob preisgeben?

Herr Landrichter Dr. Müller: Der Antrag auf Freilassung der Gefangenen und Abgeurteilten und die sofortige Niederschlagung aller Strafsachen, die mit dem Streik zusammenhängen, muß bei der gesetzgebenden Nationalversammlung beantragt werden. Von den Verhafteten haben 30 gestanden, daß sie auf die Truppen geschossen haben. Die Zahl der Fälle ist aber noch erheblich größer; denn auch das Amtsgericht und ein anderer Untersuchungsrichter arbeiten außer mir in diesen Untersuchungs-Sachen. Die Leute sagen aus, daß sie systematisch bewaffnet wurden von ihren Vertrauensleuten. Auf dem Roßplatze ist ihnen gesagt: Wir sind noch zu schwach, wir müssen noch warten, bis die Leipziger kommen, ehe wir die Rosktruppen angreifen können. Wollen die Antragsteller, daß alle diese Leute, die in dieser Weise einen bewaffneten Angriff planten, freigelassen werden? General Maercker hat gar nicht die Machtbefugnis, Strafsachen niederzuschlagen; er würde sich strafbar machen, wenn er auf die Vertreter der Staatsanwaltschaft einwirken wollte. In dieser Hinsicht kann nur ein Immediatantrag an die Nationalversammlung und den Reichsjustizminister helfen.

Herr Reiwand: Ich habe in Weimar schon mit Minister Landsberg gesprochen. Wir machen die Eingabe. Ob auf die Truppen geschossen ist, kann ich nicht nachprüfen; vielleicht schießen die Landesjäger aus Besorgnis vor Angriffen.

General Maercker: Es handelt sich nicht um Einbildungen. Es sind in den letzten Tagen Handgranaten in den Franckeschen Stiftungen und am Stadttheater geworfen. Mit Maschinengewehren ist in den ersten Tagen unserer Ankunft z. B. vom Stadttheater aus das Feuer auf die Post eröffnet worden. Die meisten der Verwundeten unter meinen Leuten haben Kugeln aus Maschinengewehren erhalten.

Herr Reiwand: Ich erkenne an, daß der Belagerungszustand ziemlich loyal gehandhabt wird. Im mitteldeutschen Streikgebiet gibt es aber auch keine Spartakisten, wie im Rheinland, Westfalen, Oberschlesien. Der Mob hat allerdings Ausschreitungen begangen, weil keine Polizei mehr da war. Ehe Truppen kamen, hat Ruhe und Ordnung geherrscht. Die Ausdehnung des Belagerungszustandes auf die ländlichen Orte hat neue Erregung geschaffen.

General Maercker: Ruhe mag geherrscht haben, aber keine Ordnung. Dafür kann ich zahlreiche Beispiele anführen. Zur Beunruhigung über die Ausdehnung des Belagerungszustandes auf die ländlichen Orte ist gar kein Anlaß, wenn man sich klar macht, daß nur Haussuchungen nach Waffen beabsichtigt sind, sonst nichts. Den Pressevertretern habe ich darüber Aufklärung gegeben. Warum hat das „Volksblatt" diese wichtige Mitteilung nicht gebracht

Herr Reiwand: Die Leser würden sich sagen, daß solche Mitteilungen nur unter dem Druck erfolgen und ihnen wenig Wert beimessen.

Landrichter Dr. Müller: Es herrscht doch Preßfreiheit. Sagen Sie doch das mal den Arbeitern! Darüber bestehen allerdings immer noch falsche Ansichten. So schickte einer Ihrer Genossen, Herr Hildebrandt, der doch eigentlich orientiert sein müßte, ein Plakat an General Maercker mit der Frage, ob es gedruckt werden dürfe. Es konnte selbstverständlich gedruckt werden. General Maercker greift gar nicht in die Preßfreiheit ein.

General Maercker: Die Beschwerden über die unzureichende Verpflegung der Gefangenen, soweit mir die einzelnen Fälle näher bezeichnet sind, lasse ich untersuchen. Tatsache ist, daß die Gefangenen dieselbe Rostration wie die Soldaten bekommen haben, und das ist erheblich mehr, als die Zivilbevölkerung bekommt.

Herr Reiwand: Es ist ein törichtes Gerede, daß am 26. März ein neuer Generalstreik ausbrechen soll.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen denkt niemand von uns an einen neuen Generalstreik.

Wir sind froh, daß, nachdem die wirtschaftlichen Abmachungen in Weimar getroffen sind, Friede einkehrt. Wir wollen für Ruhe sorgen. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, zu glauben, daß ein neuer Streik eintritt.

General Maercker: Die Herren Barth und Koenen haben gesagt: der Streik ist nur abgebrochen, nicht beigelegt. Es wäre verbrecherischer Leichtsinn, wenn ich den sich verdichtenden Gerüchten keine Beachtung schenken wollte. Aus den Kreisen der Bürgerschaft liegen mir zahlreiche Zuschriften vor, die neue Plünderungen durch den Mob befürchten. Nebenbei bekomme ich auch Drohbriefe.

Herr Reiwand: Nachdem auch die Arbeitgeber zugesagt haben, Maßregelungen zu unterlassen, besteht wirklich kein Anlaß für uns zum Streik. Aber die Anwesenheit der Rosktruppen regt die Leute auf und erfüllt sie mit Mißtrauen. Sie sind derart erregt, daß sie eventuell die Schächte ersaufen lassen.

General Maercker: Warum wirft denn Ihre Presse nicht beruhigend? Warum sagen Sie denn nicht den Arbeitern, daß wir nichts anderes wollen, als die versteckten Waffen durch Haussuchungen wieder in unsere Hand bringen? Warum behauptet das „Volksblatt", ich wolle statt abzubauen, den Belagerungszustand ausbauen? Warum informiert sich nicht mal einer von Ihnen bei mir über die Sache?

Volksblattredakteur Kasparek: Der Generalstreik wird wiederkommen, aber nicht erst am 26. März, sondern früher, weil die Truppen nicht zurückgezogen werden. Uns liegen Zuschriften vor, worin gesagt wird, daß die Bergleute aus Unmut über die Ausdehnung des Belagerungszustandes morgen oder übermorgen schon die Arbeit hinwerfen wollen. Die Bergleute wollen nicht unter militärischer Aufsicht arbeiten, und der Belagerungszustand ist eine solche Aufsicht.

Eisenbahner Hennig: Daß die Beamten auf der Eisenbahn mit Gewalt aus den Büros herausgejagt wurden, wie Herr General Maercker sagt, daran habe ich keinen Teil und ich war darüber auch nicht unterrichtet.

Herr Böttge: Unseren Streik haben wir nicht unsinnig geführt. Wir wollten die Lebensmittelgeschäfte, Wasserwerk, Gaswerk, Elektrizitätswerk arbeiten lassen. Aber der Generalstreik der Beamten hat auch diese Betriebe erfaßt und selbst die Polizei zum Streiken veranlaßt. Das hatte die schlimmsten Folgen. Ist es wirklich zweckmäßig, neue Beunruhigung in die Arbeiterschaft zu tragen durch die Ausdehnung und Beibehaltung des Belagerungszustandes? Es ist die höchste Zeit, daß in unser Wirtschaftsleben wieder eine gewisse Stetigkeit kommt, sonst geht Deutschland zugrunde. (Zurufe: Endlich die richtige Erkenntnis!) Wir hatten bisher Einfluß auf die Massen. Durch den Belagerungszustand schlagen Sie uns diese Macht aus der Hand. Wir müssen für alle Folgen, die sich noch aus dem Belagerungszustand herausstellen, die Verantwortung ablehnen.

Eisenbahnpräsident Herr: Herr Hennig muß wissen, daß die Beamten mit Gewalt aus dem Direktionsgebäude getrieben sind. Etwa 40 Arbeiter drangen ein und stürmten in das Zimmer des Dezernenten im Erdgeschoß. Sie erklärten, wir sind von der Streikleitung beauftragt, das

Eisenbahn-Direktionsgebäude zu räumen,

eventuell mit Gewalt. Auf der Treppe entspann sich eine wilde Szene. Die Arbeiter suchten sich den Aufgang zu erzwingen, die Beamten wollten nicht weichen. Ich bat, ein Abordnung von zwei Mann der Anstürmenden zu mir. Sie waren höflich und bedauerten, daß sie so handeln müßten, denn sie hätten Auftrag von der Streikleitung. Binnen einer halben Stunde müßten alle Beamte aus dem Büro heraus sein. Ich sagte: Wir werden Ihnen keine Gewalt entgegensetzen. Ich machte darauf aufmerksam, daß in einem Saal Prüfungen stattfänden, die erst am nächsten Tage ihren Abschluß finden könnten und fragte, ob denn nicht der Abschluß der Prüfungen zugelassen werden könnte. Darauf erklärte mir die Abordnung: Ich solle einen schriftlichen Antrag an Herrn Hennig einreichen. Wenn der ihn genehmige, dann könnte die Prüfung fortgesetzt werden. Der Antrag wurde eingereicht und Herr Hennig schrieb darunter genehmigt. Herr Hennig ließ das Direktionsgebäude besetzen und jeden hinausbringen.

Regierungsrat Pfeiffer: Herr Koenen hat mir Stolz gesagt, daß es zum ersten Male in Halle geschehen sei, daß die Eisenbahner in den Generalstreik traten. Ich kann hinzufügen, es ist geschehen

durch Landesfriedensbruch und Aufruhr.

Das Beweismaterial darüber befindet sich in den Händen der Justiz. Wir hatten Leute genug trotz des Streikes, um den Betrieb notdürftig aufrechtzuerhalten, die notwendigsten Transporte zu erledigen, u. a. den Parlamentszug mit Weimar verkehren zu lassen usw. Der Soldatenrat erklärte sich für neutral, aber Schutz war bei ihm nicht zu finden. Die Sicherheitswachen beteiligten sich an den Gewaltakten. Hennig erklärte im Volkspark, indem er einen Revolver zeigte, er brauche hundert Mann, um den Bahnhof Halle freizukehren. Die hundert Mann meldeten sich und wurden von ihm über den Bahnhof verteilt. Unsere Leute hatten den Auftrag, nur der Gewalt zu weichen. Durch die Mannschaften des Herrn Hennig wurde der Verkehr gewaltsam lahmgelegt. Jene Ausfertigung des Herrn Hennig, der die Befugnisse des Direktionspräsidenten sich angeeignet hatte, wird bei uns als ein wertvolles Dokument verwahrt.

General Maercker: Herr Hennig, haben Sie den Revolver abgegeben?

Eisenbahner Hennig: Den Revolver habe ich sofort abgegeben.

Direktor Dr. Scheithauer: Der Streik war ein politischer Streik. Die Bergleute in Weißenfels—Zeitz haben selbst erklärt, er richtet sich nicht gegen die Werksbesitzer, sondern gegen die Regierung. Man verlangte die Einführung der Betriebsräte — tatsächlich hatte die Regierung das schon 14 Tage vorher zugesagt; ferner die Entfernung der Regierung Ebert—Scheidemann und drittens die Beseitigung der Offizierskaste.

Diplomingenieur Rausch: Das ganze deutsche Volk ist infolge des Krieges und der Entbehrungen nervenkrank. Es ist kein gutgenährtes ruhiges klardenkendes Volk mehr. Das erklärt Manches. In Weimar ist eine Einigung zustande gekommen, so daß wieder Ruhe in den Bergbaubetrieb einkehren kann. Da waren wir aufs höchste erschrocken, als wir von der Ausdehnung des Belagerungszustandes auf die Landorte hörten. Die Arbeiterschaft sagt die Sache anders auf, wie etwa Akademiker und Offiziere. Der Beamtenstreik hat die Arbeiter schon erbittert, der Belagerungszustand macht sie vollends radikal. Da sind die Leute auch von uns, ihren Führern, nicht mehr zu zügeln. Um nach Waffen Haussuchungen zu halten, muß es doch andere Mittel geben, als den Belagerungszustand.

Landrichter Dr. Müller: Gegen Herrn Hennig ist das Verfahren eingeleitet und ein Haftbefehlbeantragt worden; ob er vollstreckt wird, weiß ich nicht. Arbeitsminister Bauer hat nichts gegen die Haft einzuwenden, wenn Herrn Hennig ein gemeines, d. h. ein nicht politisches Verbrechen, nachgewiesen wird. Der Belagerungszustand in Halle richtet sich doch nur gegen den plündernden Mob, den der freie Arbeiter ebenso sehr verurteilt, wie es die anderen Bürger tun. Der gewerkschaftlich geschulte Arbeiter ist leicht über den Sinn der Ausdehnung des Belagerungszustandes auf die Landorte aufzuklären. Er begreift sehr schnell, warum es sich handelt, wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190315016/fragment/page=0003

nur das Volksblatt ihn aufklären will. Die schnelle Erfassung der verborgenen Waffen ist zurzeit nicht anders möglich, als durch den Belagerungszustand, der das Recht auf schnelle Haussuchung gibt. Die Arbeiterschaft hat doch genau dasselbe Interesse wie wir, daß bedenklichen und verzweifelten Elementen die Waffen wieder aus der Hand genommen werden. Mit der Polizei und den Gendarmen lassen sich diese Waffensuchungen nicht durchführen.

Eisenbahner Hennig: Ich entziehe mit dem Staatsanwalt nicht. Wenn ich als Einziger den Eisenbahnerstreik zustande gebracht hätte, müßte ich ein Titan an Geist und Körperkraft sein. Eine Versammlung von 6000 Menschen hat den Streik beschlossen und ich wurde zum Leiter gewählt. Auch ich muß sagen, daß die Aufregung über den Belagerungszustand sich unter der Arbeiterschaft kaum noch zügeln läßt.

Mitglied der Nationalversammlung Raute-Eilenburg: In Bitterfeld, Delitzsch usw. ist nichts vorgefallen, was die Ruhe gestört hätte. Die Streikenden haben sogar soweit Kohlen befördert, daß die Mühlen, die Bäckereien und die chemischen Industrien, sofern sie auf komplizierte Apparate angewiesen sind, arbeiten konnten. Die Ausdehnung des Belagerungszustandes muß aber die Leute aufs höchste erbittern.

Direktor Dr. Schulze von der Pfännerschaft: Wie wäre es, wenn der Aktionsausschuß der Streikleitung und das Volksblatt mal die Leute aufforderten, freiwillig die Waffen abzuliefern. Das müßte doch Erfolg haben.

Die Debatte spinnt sich dann noch eine Weile fort. Im ganzen währten die Verhandlungen weit über fünf Stunden. General Maercker gab noch Auskunft, wie es denn mit den

Haussuchungen in Halle

gehandhabt wird. Haussuchungen dürfen nur geschehen durch Offiziere, zweitens muß der Bewohner der betreffenden Wohnung zugegen sein. Türen, Behälter usw. dürfen nicht gewaltsam geöffnet werden.

Die Abteilungkommandeure teilten sodann mit, daß in gleicher Weise sowohl die Wohnungen der Arbeiter wie der anderen Bürger in jenen Stadtteilen, wo Haussuchungen stattfanden, durchsucht seien. Aber fast nur in den Arbeiterhäusern seien Waffen gefunden worden, nicht aber in den Wohnungen der anderen Bürger. Die Gesamtzahl der bisherigen Haussuchungen beträgt zwischen 600 und 700. Gewehre hat man gefunden in einzelnen Bezirken 50, in anderen 34, und so fort. Die Hauptmasse der Gewehre fand sich in der Schulen vor. General Maercker betonte noch, daß die Herren Kilian und Koenen am Tage seines Einrückens in Halle ihm gegenüber bezweifelt hätten, daß aus einem Depot der Brunnenstraßenschule Gewehre an die Arbeiter verteilt sind. Tatsächlich seien noch am nächsten Tage dort Waffen an die Zivilbevölkerung ausgegeben worden.

Steiger Peters: Ich wage mich nicht ins Bergwerkrevier, um den Leuten den Belagerungszustand plausibel zu machen. Sie würden mich totschlagen. Die Leute sind viel zu sehr erbittert über den Belagerungszustand. Sie lassen eventuell auch die Kohlenbergwerke erlaufen. Im übrigen bestätige ich, daß von uns kein neuer Generalstreik geplant ist. Auch das schafft große Unruhe, daß gesagt wird, das Landesjägerkorps werde ständige Garnison in Halle erhalten.

General Maercker: Das Freiwillige Landesjägerkorps hat keine ständige Garnison. Wir sind seit Januar unterwegs und ich kann Ihnen versichern, wir gehen aus Halle gern wieder weg, wo man uns Bluthunde, Frauenmörder usw. beschimpft.

Direktor Dr. Schulze stellt fest, daß auf seine Aufforderung, das „Volksblatt" möge sich zu einem aufklärenden Wort über die Ausdehnung des Belagerungszustandes verpflichten, keine Zusage erfolgt ist.

Mitglied der Nationalversammlung Delius-Halle: Die Mehrzahl der Arbeiter stört es gar nicht, daß wir den Belagerungszustand haben. Er muß nur weiter milde gehandhabt und abgebaut werden. Ganz können wir ihn für Halle noch nicht entbehren, das kann erst nach einigen Tagen geschehen. Auch auf dem Lande ist man nicht erregt über den Belagerungszustand, denn man weiß, daß er keine Belästigung und kein Zwangsmittel für die friedliebende Bevölkerung sein soll. Zahlreiche Landorte waren durch Plünderer verängstigt. So sind solche Notschreie aus Mücheln und anderen Orten an mich erfolgt.

General Maercker bestätigt, daß in 15 Landorten geplündert worden ist. Der Artikel des Volksblattes in der Donnerstagabend-Nummer sei keine Beruhigung gewesen, sondern das Gegenteil, und zwar unter gröblicher Verletzung der Wahrheit.

Volksblattredakteur Kasparek: Wir verabscheuen es, daß die Arbeiter mit Gewalt ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Darum ist es überflüssig, wenn wir darüber noch besondere Artikel schreiben.

Man schließt um ½3 Uhr, nachdem die Verhandlungen von 9 Uhr ab gewährt haben, folgendes

Abkommen:

1. **Der Belagerungszustand für die Stadt Halle wird aufgehoben werden, sobald ich die Hauptmasse der in den Händen Unbefugter befindlichen Waffen in meiner Hand habe. Der frühere Aktionsausschuß für den Generalstreik verpflichtet sich, durch intensive Aufklärung für die Ablieferung der Waffen zu sorgen, unter anderem auch durch einen Aufruf in Plakat- oder Flugblattform.**
2. **Die Zurückziehung der Truppen aus dem Stadtbezirk Halle wird fortgesetzt, wie am 7. März zugesagt, nach Maßgabe der Bildung des Wachtregiments.**
3. **Die Sperrzeit für das Stadtgebiet Halle wird auf die Zeiten von 10 Uhr nachmittags bis 4 Uhr vormittags festgesetzt. Erster Tag 15. März.**
4. **Der Belagerungszustand für die Umgegend von Halle wird aufgehoben nach Erscheinen des Aufrufs (s. Ziffer 1). Das Landjägerkorps behält sich jedoch auch weiterhin vor — vorbehaltlich der Anweisung des Justizministers —, Haussuchungen nach Waffen und Plündergut vorzunehmen.**
5. **Waffenablieferungsstellen sind:**
   Nord: Rößler, Körnerstraße 22,
   Mitte: Reiwand, Harz 42/44,
   Süd: Böttge, Blücherstraße 9,
   ferner in den Ortschaften: die Arbeiterräte.

gez. Maercker.

Reiwand, Böttge, Rößler, Rausch, Peters.

Vermischtes.

Der Ernteertrag im Kriege. Deutschlands (ohne Elsaß-Lothringen) Ernte betrug in tausenden Tonnen (nach Steinmann-Bucher, „Völkerfriede"):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1913 . . .	4417	12 129	3564	9504	52 854
1914 . . .	3789	10 349	3049	8816	44 096
1915 . . .	3705	9 094	2411	5890	52 885
1916 . . .	2999	8 902	2745	6928	24 691
1917 . . .	2226	6 977	1957	3628	34 410
1918 . . .	2458	8 009	2258	4680	29 469

Der Schweinebestand betrug 1912: 15 475 739, 1916: 11 758 679, 1917: 8 992 096.

Meuterei im Gefängnis. Im Gerichtsgefängnis zu Münster brach eine Revolte aus. Die Gefangenen überfielen während des Morgenrundganges die Gefängniswärter, schlugen sie nieder und fesselten sie. Zwölf Schwerverbrecher entwichen.

Auf zur Arbeiterratswahl!

Sonntag, den 16. März, von vormittags 9 Uhr bis 2 Uhr nachmittags, finden die Wahlen zum Arbeiterrat statt. Den bürgerlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten ist Gelegenheit geboten, endlich eine

Bresche in das Gewaltregiment

des bisherigen Arbeiterrats zu legen.

Wichtige wirtschaftliche Fragen wird der Arbeiterrat künftig zu beraten und zu erledigen haben.

Kein bürgerlicher Beamter, Angestellter und Arbeiter darf sich bei dieser Beratung ausschalten lassen. Die

Wahl am 16. März

schafft allen nichtsozialistischen Wählern und Wählerinnen endlich auch im Arbeiterrat

wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Wahlberechtigt sind alle Personen beiden Geschlechts, die in Halle wohnen, auch wenn sie außerhalb in Arbeit stehen, das 20. Lebensjahr erreicht haben, sofern das Jahreseinkommen 10 000 Mark nicht übersteigt.

Auf zur Wahl! Tut eure Pflicht!

Kein Wähler, keine Wählerin

darf morgen an der Wahlurne fehlen!

Wählt geschlossen die untenstehende Liste der vereinigten wirtschaftlichen Organisationen.

Hallischer Beamtenausschuß mit seinen ihm angeschlossenen 35 Beamten- und Lehrervereinigungen. Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten-Verbände. (Deutscher Bankbeamten-Verein, Kaufmännischer Verein von 1858, Verband deutscher Handlungsgehilfen, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Kaufmännischer Verein für weibliche Angestellte, Verein der deutschen Kaufleute). Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein. Eisenbahnarbeiter (Trierer Verband). Verband deutscher Versicherungsbeamten. Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten-Verband. Bund technischer Berufsstände. Vereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaus.

Die bürgerliche Kandidatenliste

lautet:

Eisenbahnbetriebssekretär Sperl, Handlungsgehilfe Leidenfrost, Schmied Wilhelm Gerhard, Ingenieur Schäffel, Verwaltungsbeamter Kirchhof, Lademeister Coqui, Postsekretär Delius, Abteilungsvorsteher Prang, Obersostschaffner Schaarschmidt, Buchhalterin Vehse, Magistratssekretär Bender, Handlungsgehilfe Pegenau, Lehrer Herbst, Einkäufer Nagel, Schriftleiter Helms, Stadtbauinspektor Petri, Oberingenieur Heine, Schlosser Frankenstein, Abteilungsvorsteher Guthrod, Lokomotivführer Valentin, Bankbeamter Bretschneider, Wagenmeister Kaufmann, Versicherungsbeamter Bernhard Müller, Eisenbahntechniker Keusen, Fleischer Arno Seiße, Maschinenmeister Salchow, Postrat Hatop, Zollassistent Möbius, Bureaugehilfe Pultowski, Handlungsgehilfe Behrend, techn. Eisenbahnobersekretär Dietrich, Ingenieur Steinicke, Eisenbahnassistent Bretschneider, Steuersekretär Allstedt, Bankbeamter Lehmann, Ladeschaffner Kloberdanz, Versicherungsbeamter Bahll, Oberpostschaffner Fritsche, Sekretärin Pfeiffer, Ingenieur Stannebein, Lehrer Leonhardi, Kaufmann Riencecker, Dr. med. Grein, Polizeiwachtmeister Ramlow, Handlungsgehilfe Heyer, Eisenbahnunterassistent Kreutzkamm, Handlungsgehilfe Berlin, Eisenbahnwerkmeister Bruhns, Bauführer Tunger, Schlosser Hagemeyer, Knappschaftssekretär Welchmann, Rangiermeister Stephan, Eisenbahngehilfin Poppendiek, Schlosser Schröder, Handlungsgehilfe Hartmann, Lokomotivheizer Jaroschinski, Schlosser Wohlleben, Magistratsbote Aderman, Handlungsgehilfin Piosik, Werkführer Trabiel.

Bürgerliche Flugblätter und Stimmzettel können ab vormittags 11 Uhr im Wahllokal, Markt 20, in Empfang genommen werden.

Das Potsdamer Stadtschloß als Bureauhaus. Mit der Verwendung des Potsdamer Stadtschlosses zu Bureauzwecken ist jetzt begonnen worden. Zuerst werden die Weißsegelkammern, nach der Lustgartenseite zu gelegen, sowie die Küchen- und Vorratskammern zu Bureauszwecken ausgebaut. Die anderen hierfür ausersehenen Räume werden nach und nach baulich umgestaltet. Mit den Bauarbeiten im Stadtschloß hat der Magistrat gleichzeitig andere Notarbeiten in Angriff genommen.

Einige gelungene Scherze finden wir im „Ulk": Am Telephon. „Herr Doktor, Herr Doktor! Denken Sie nur . . ., also hier ist Minkmitz. Also denken Sie nur, was meiner Frau passiert ist. Ihr Mund steht weit offen und sie kann nicht sprechen!" „Wahrscheinlich hat sie sich die Kinnbacken ausgerenkt!" „So? Na, wenn Sie mal Zeit haben, kommen Sie doch mal nächste Woche mit vorbei!" — Das klassische Vorbild. „Als ich gestern nacht auf dem Heimwege war, trat mir ein Spartakist mit geladenem Revolver entgegen, um mich gewaltsam zu expropriieren." „Na — und du?" „Machte es wie Alexander der Große. Ich habe den Knoten durchgehauen."

Handel, Gewerbe und Verkehr

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. März. Das Geschäft war heute im allgemeinen still, und nur am Montan-, Schiffahrts- und Kolonialmarkt lagen für ausländische Werte waren die Umsätze lebhafter. Die Grundstimmung war durchweg fest, so daß sich für Montanwerte Kurssteigerungen bis zu 3 Prozent, für Schiffahrtswerte bis zu 5 Prozent unter Bevorzugung von Hansa und Südamerikanern, für ausländische Rentenwerte bis 3 Prozent ergaben, wobei die Prinz Heinrich-Bahn ihren Kursstand später nicht ganz behaupteten. Die Kurse der Berliner Straßenbahn erreichten in ihrer Aufwärtsbewegung den Kurs von 130. Von Kolonialwerten lagen Neuguinea die Führung. In den übrigen Märkten ruhte das Geschäft bei unbedeutenden Veränderungen nahezu vollständig. Kriegsanleihe notierte 83½, die heimischen Anleihen waren fest und kräftig gefestigt. Oesterreichisch-ungarische Rentenpapiere waren abbröckelnd und still, Pfandbriefen wenig verändert.

Produktenbericht.

Berlin, 14. März. Ueber den hiesigen Produktenverkehr ist nichts neues zu berichten. Mit Ausnahme weniger Artikel ist das Angebot nur mehr klein, so daß die Nachfrage in keiner Weise befriedigt werden kann. Dies gilt namentlich für Klee- und Grassämereien und ferner für Saatgetreide und Rauhfutter. Von Rüben steht in einzelnen Sorten mehr zur Verfügung, besonders in Möhren. Weiter sonnig und frisch.

Schlechte Zuckerversorgung. Das Statistische Bureau von F. O. Licht weist darauf hin, daß die erzeugte Gesamtzuckermenge kaum die gegenwärtigen Zuweisungen an den Verbrauch wirklich ermöglichen können. Hinzu kommt, daß die Regierung keine wirklich gangbaren Mittel und Wege gefunden hat oder benutzt, um bessere Vorbedingungen wenigstens für die nächste Kampagne zu schaffen. Der sichtbare Weltvorrat beträgt 1 169 900 gegen 1 423 200 Tonnen im Vorjahre.

Die Kontingentierung für Flachsgarne wird vorläufig aufrechterhalten bleiben. Die deshalben Kriegsgesellschaften für Hanf- und Flachsindustrie werden infolgedessen nicht aufgelöst werden. Der Vorgang ist für die Textilbrauchen, die Gummiwaren- und die technische Industrie von erheblicher nachteiliger Bedeutung.

Die nächste Garnbörse in Leipzig findet am Freitag, 14. März, im Saale der Produktenbörse (Eselhalle), Neue Börse, Tröndlinring 2, Aufgang Treppe B vom Börsengarten, in der üblichen Zeit von ½11 bis 1 Uhr statt.

Die Tschechen wollen wieder Kohlen liefern. Der Leiter des sächsischen Kohlenausgleichsstelle Direktor Krämer teilte in einer Versammlung von sächsischen Industriellen mit, daß die tschechische Regierung telegraphisch ihre Bereitwilligkeit zur Ausfuhr böhmischer Braunkohlen nach Sachsen erklärt habe. Die Kohle soll sofort geliefert werden, allerdings nur ein Fünftel der früher vereinbarten Lieferung. Ferner teilte er mit, daß Bayern, das von Sachsen Kohlen bezogen, die dafür versprochenen Lebensmittel aber nicht geliefert hatte, jetzt seinen Verpflichtungen nachkommen wolle.

Erhöhung der Spirituspreise. Die Spirituszentrale hat eine Erhöhung der Spirituspreise für vergällten Spiritus und Spiritus zur Vergällung für gewerbliche Verbraucher um 40 Mark pro Hektoliter vorgenommen.

Holzstoff- und Papierfabrik zu Schlema in Sachsen. Die Gesellschaft verteilt wieder 18 Prozent Dividende sowie 9 Prozent Nachzahlungsdividende für 1914 und 1915. Der Reingewinn beträgt 1 108 258 Mk. (400 453).

Berliner Börse

vom 14. März 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:			
Halberst.-Blankenb.	99,50	Döring & Lehrmann	89,50
Halle-Hettstedter	78,25	Dürkoppwerke	297,00
Schantungbahn	120,00	Eberfelder Faber.	270,00
Allg. Lokal-Str.	140,50	Felten & Guilleaume	159,00
Gr. Berl. Str.	130,25	Gasmotoren Deutz	120,13
Magdeburger Str.-B.	180,00	Gebhard & Co	237,00
Prinz-Heinrich-B.	192,00	Gelsenkirchen Berg	164,00
Orientbahn	207,00	Glauziger-Zuckerfbk.	—
Schiffahrts-Aktien:		Hallesche Maschfbk.	227,00
Hambg. Paketfahrt	—	Hann. Masch.	299,00
Hambg. Südamerika	146,75	Harpener Berg	161,00
Hansa-Dampfschiff.	198,50	Hasper Eisen	137,00
Nordd. Lloyd.	91,50	Hirsch Kupfer	171,25
Bank-Aktien:		Höchster Farbw.	258,75
Berl. Handelsges.	156,87	Hoesch Eisen u. Stahl	222,00
Commerz-Diskontobank	120,50	Hohenlohe-Werke	108,00
Darmstädter Bank	119,50	Humboldt Masch.	125,00
Dessauische Landesbank	116,00	Ilse Bergbau	320,00
Deutsche Bank	220,00	Kahla Porzellan	300,00
Diskonto-Comm.	173,50	Kallw. Aschersleben	155,00
Dresdner Bank	146,75	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Leipzig Credit-Anst.	150,00	Kylfhäuserhütte	—
Mitteld. Kreditbank	122,00	Lahmeyer & Co.	112,00
Mitteld. Privatbank	—	Lauchhammer	160,25
Nationalbank	—	Laurahütte	155,25
Oesterr. Kredit	—	Linke & Hofmann	261,50
Reichsbank	128,50	Ludwig Loewe & Co.	236,00
Industrie-Aktien:		Lothringer Hütte	139,75
Schultheiss-Brauerei	251,75	Mannesmannröhren	175,50
Akt. f. Anilin	222,50	Oberschl. Eisenb.-Bd.	133,75
Allgem. Elektr. Ges.	164,50	do. Caro Heg.	138,50
Ammendorfer Papierfbk.	—	do. Kokswerke	205,00
Anhalter Kohlenw.	190,00	Orenstein & Koppel	168,50
Annaberger Steingut	174,00	Phönix Berg	183,87
Badische Anilin	289,75	Rhein. Metall-Vorz.	182,50
Bergmann Elekt. Akt.	145,75	Rhein Stahlwerken	139,75
Berl. Masch.-Bau	206,25	Riebeck. Montan	181,00
Bismarckhütte	186,00	Rombacher Hütten	151,75
Bochumer Gußstahl	185,00	Rositzer Braunk.	119,00
Chem.-Fabr. Buckau	112,00	Rositzer Zucker	133,00
Chem. Griesheim	197,00	Sangerhäuser Masch.	245,00
Chem. Heyden	233,00	HugoSchneider & Co.	215,00
Consolidation Schalk	250,00	Schuckert & Co.	122,75
GröllwitzerPapierfbk	211,00	Siemens & Halske	147,00
Daimler Motoren	220,25	Stettiner Vulkan	140,25
Deutsche Luxemburg	121,25	Stollberger Zinkh	113,00
Deutsche Uebersee Elektr.	160,50	Strals. Spielkarten	209,00
Deutsche Erdöl	253,00	Thale-Eisenhütte	290,75
Deutsche Gasglühl.	327,50	Triptis Porzellan	184,50
Deutsche Kali	168,50	Türk. Tabakregie	389,00
Deutsche Waffen u. Mun.	189,75	Ver. Köln-Rottweiler	203,00
Donnersmarckhütte	216,75	Ver Glanzstoff	—
		Wegelin & Hübner	—
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	204,00
		Wittener Gußstahl	188,25
		Wreede Mälzerei	141,00
		Zschau-Kriebstech Braunk.	—
		Zeitzer Masch.	298,50
		Zellstoff Waldhof	300,00
		Otavi-Minen.	124,50

L. Schönlicht, Bankgeschäft, (Stadt Hamburg) Poststrasse
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Ernst Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Riechner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes und Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bleyl.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190315016/fragment/page=0004